

No. 29553

**GERMANY
and
CZECHOSLOVAKIA**

Agreement concerning the detachment of Czechoslovak employees from enterprises domiciled in the Czech and Slovak Federal Republic for employment under contracts for work and services. Signed at Prague on 23 April 1991

Authentic texts: German and Czech.

Registered by Germany on 28 January 1993.

**ALLEMAGNE
et
TCHÉCOSLOVAQUIE**

Conventiou relative au détachement de travailleurs tchèco-slovaques d'entreprises établies en République fédérale tchèque et slovaque pour être employés en vertu de contrats d'entreprises. Signé à Prague le 23 avril 1991

Textes authentiques : allemand et tchèque.

Enregistrée par l'Allemagne le 28 janvier 1993.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VEREINBARUNG ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER
TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN RE-
PUBLIK ÜBER DIE ENTSENDUNG TSCHECHOSLOWAKI-
SCHER ARBEITNEHMER AUS IN DER TSCHECHISCHEN UND
SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK ANSÄSSIGEN
UNTERNEHMEN ZUR BESCHÄFTIGUNG AUF DER GRUND-
LAGE VON WERKVERTRÄGEN

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen
Republik –

in Würdigung des beiderseitigen Nutzens der bestehenden
wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit,

in dem Willen, unter Berücksichtigung der Erfordernisse des
Arbeitsmarkts die Entsendung und Beschäftigung der Arbeitneh-
mer aus tschechoslowakischen Unternehmen zur Absicherung
der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf eine dauerhafte Grund-
lage zu stellen,

in der Absicht, für die auf der Grundlage von Werkverträgen
zusammenarbeitenden tschechoslowakischen und deutschen
Unternehmen klare Bedingungen zu schaffen, um die Möglichkei-
ten der Entsendung und Beschäftigung tschechoslowakischer
Arbeitnehmer zu verbessern,

von dem Wunsch geleitet, eine neue Vereinbarung über die
Entsendung tschechoslowakischer Arbeitnehmer aus in der
Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ansässi-
gen Unternehmen zur Beschäftigung auf der Grundlage von
Werkverträgen zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Tschechoslowakischen Arbeitnehmern, die auf der Grund-
lage eines Werkvertrags zwischen einem tschechoslowakischen

Arbeitgeber und einem in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Unternehmen für eine vorübergehende Tätigkeit entsandt werden (Werkvertragsarbeitnehmer), wird die Arbeitserlaubnis unabhängig von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarkts erteilt, unter Berücksichtigung des Artikels 4 Absatz 1 dieser Vereinbarung.

(2) Diese Vereinbarung gilt nicht für Arbeitnehmer, die auf der Grundlage eines Werkvertrags in den Geltungsbereich der Vereinbarung entsandt werden, um vorbereitende Arbeiten für deutsch-tschechoslowakische Unternehmenskooperationen in Drittstaaten auszuführen.

Artikel 2

(1) Die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer wird auf 4000 festgesetzt, wovon im Baugewerbe bis zu 1500 Arbeitnehmer beschäftigt werden können. Unbeschadet des Satzes 1 können zusätzlich beschäftigt werden:

- a) 1000 Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen zwischen tschechoslowakischen Arbeitgebern und deutschen kleineren und mittleren Unternehmen des Handwerks und der Industrie mit einem Jahresumsatz bis zu 10 Mio. DM oder bis zu 65 Beschäftigten;
- b) 250 Arbeitnehmer als Restauratoren;
- c) 3000 Arbeitnehmer im Baugewerbe befristet bis zum 31. Dezember 1993.

Die angegebenen Zahlen verstehen sich als Jahresdurchschnittszahlen.

(2) Die Arbeitserlaubnis wird Arbeitnehmern nur für die Ausführung von Werkverträgen erteilt, deren Erfüllung überwiegend Arbeitnehmer mit beruflicher Qualifikation erfordert. Arbeitnehmern ohne berufliche Qualifikation wird die Arbeitserlaubnis erteilt, soweit dies zur Ausführung der Arbeiten unerlässlich ist.

Artikel 3

(1) Die festgelegten Zahlen der Werkvertragsarbeitnehmer werden von dem Föderalen Außenhandelsministerium der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik auf die tschechoslowakischen Unternehmen verteilt.

(2) Die Bundesanstalt für Arbeit der Bundesrepublik Deutschland achtet bei der Durchführung der Vereinbarung in Zusammenarbeit mit dem Föderalen Außenhandelsministerium der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik darauf, daß es nicht zu einer regionalen oder sektorale Konzentration von

Werkvertragsarbeitnehmern in einem Wirtschaftszweig oder in einem bestimmten Bereich eines Wirtschaftszweigs kommt.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 2 Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 Buchstabe a festgelegten Zahlen werden wie folgt an die weitere Entwicklung des Arbeitsmarkts angepaßt:

Bei einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage erhöhen sich die bei Inkrafttreten der Vereinbarung festgelegten Zahlen um jeweils fünf vom Hundert für jeden vollen Prozentpunkt, um den sich die Arbeitslosenquote in den letzten zwölf Monaten verringert hat. Bei einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage verringern sich die Zahlen entsprechend. Für die Anpassung sind jeweils die Arbeitslosenquoten, getrennt nach Gesamtquote und Unterquote, am 30. Juni des laufenden Jahres und des Vorjahres zu vergleichen. Die Änderungen sind vom 1. Oktober des laufenden Jahres an zu berücksichtigen. Die neuen Zahlen sind so aufzurunden, daß sie durch die Zahl zehn ohne Rest teilbar sind.

(2) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland teilt die nach Absatz 1 errechneten Zahlen dem Föderalen Außenhandelsministerium der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik jeweils bis zum 31. August eines Jahres mit.

Artikel 5

(1) Die Arbeitserlaubnis wird nur erteilt, soweit die Entlohnung der Werkvertragsarbeitnehmer einschließlich des Teils, der wegen der auswärtigen Beschäftigung gezahlt wird, dem Lohn entspricht, welchen die einschlägigen deutschen Tarifverträge für vergleichbare Tätigkeit vorsehen.

(2) Im übrigen finden die einschlägigen Rechtsvorschriften über die Erteilung und Versagung sowie über das Erlöschen der Arbeitserlaubnis Anwendung. Ein Abdruck des Werkvertrags ist rechtzeitig beim zuständigen Landesarbeitsamt einzureichen.

Artikel 6

(1) Die Arbeitserlaubnis wird für die voraussichtliche Dauer der Arbeiten zur Erfüllung des Werkvertrags erteilt. Die Höchstdauer der Arbeitserlaubnis beträgt in der Regel zwei Jahre. Sofern die Ausführung eines Werkvertrags infolge eines unvorhersehbaren Ereignisses länger als zwei Jahre dauert, wird die Arbeitserlaubnis bis zu sechs Monaten verlängert. Steht von vornherein fest, daß die Ausführung des Werkvertrags länger als zwei Jahre

dauert, wird die Arbeitserlaubnis bis zur Höchstdauer von drei Jahren erteilt.

(2) Nach Fertigstellung eines Werkes kann zur Ausführung eines anderen Werkvertrags auf Antrag eine neue Arbeitserlaubnis im Rahmen der zugelassenen Höchstdauer von zwei Jahren erteilt werden.

(3) Die Arbeitserlaubnis wird für eine bestimmte berufliche Tätigkeit zur Ausführung eines bestimmten Werkvertrags erteilt. In begründeten Ausnahmefällen wird die Arbeitserlaubnis für mehrere Werkverträge erteilt. Das tschechoslowakische Unternehmen kann den Arbeitnehmer innerhalb der vorgesehenen Geltungsdauer der Arbeitserlaubnis vorübergehend zur Ausführung eines anderen Werkvertrags umsetzen. Es hat die Umsetzung dem zuständigen Landesarbeitsamt unverzüglich mitzuteilen. Das Landesarbeitsamt veranlaßt, daß eine entsprechende Arbeitserlaubnis erteilt wird.

(4) Einzelnen Arbeitnehmern mit führender oder Verwaltungstätigkeit wird die Arbeitserlaubnis bis zu einer Höchstdauer von vier Jahren erteilt. Diese Arbeitserlaubnisse werden je nach Größe des Projekts bis zu vier Arbeitnehmern erteilt.

Artikel 7

Einem tschechoslowakischen Arbeitnehmer, der erneut als Werkvertragsarbeiter beschäftigt werden soll, darf die Arbeitserlaubnis erteilt werden, wenn der zwischen Ausreise und erneuter Einreise als Werkvertragsarbeiter liegende Zeitraum nicht kürzer ist als die Gesamtgeltungsdauer der früheren Aufenthaltsgenehmigung. Der in Satz 1 genannte Zeitraum beträgt höchstens zwei Jahre, er beträgt drei Monate, wenn der Arbeitnehmer vor der Ausreise nicht länger als neun Monate beschäftigt war.

Artikel 8

(1) Die zuständige Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland erteilt auf Antrag des tschechoslowakischen Arbeitgebers dem Arbeitnehmer das Visum für drei Monate. Sobald das Visum erteilt ist, kann der Arbeitnehmer einreisen. Er hat sich unverzüglich bei der für seinen Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde zu melden.

(2) Die Arbeitserlaubnis ist nach der Einreise unverzüglich bei dem Arbeitsamt zu beantragen, in dessen Bezirk der Werkvertrag ausgeführt wird oder das tschechoslowakische Unternehmen einen Betriebssitz oder eine Betriebsniederlassung hat oder bei dem Arbeitsamt, das für zuständig erklärt wird.

Artikel 9

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und das Föderale Außenhandelsministerium und das Föderale Ministerium für Arbeit und Sozialangelegenheiten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik arbeiten im Rahmen dieser Vereinbarung eng zusammen. Bei Bedarf wird auf Antrag einer Vertragspartei eine gemischte deutsch-tschechoslowakische Arbeitsgruppe gebildet, um Fragen zu erörtern, die mit der Durchführung dieser Vereinbarung zusammenhängen.

Artikel 10

Sind Arbeitnehmer, die zur Beschäftigung auf der Grundlage eines Werkvertrags zugelassen wurden, ohne Erlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit der Bundesrepublik Deutschland Dritten gewerbsmäßig zur Arbeitsleistung überlassen worden, so verringert sich vom folgenden Abrechnungszeitraum an die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer um die Zahl der im Jahresdurchschnitt gewerbsmäßig überlassenen Arbeitnehmer. Entsprechend ist zu verfahren, soweit tschechoslowakische Arbeitgeber mehr Werkvertragsarbeitnehmer beschäftigen, als ihnen nach Artikel 3 Absatz 1 zugeteilt sind, oder Arbeitnehmer beschäftigen, die keine Arbeitserlaubnis oder keine Aufenthaltsgenehmigung besitzen. Für Arbeitnehmer von tschechoslowakischen Arbeitgebern, die wiederholt Arbeitnehmer unerlaubt überlassen oder beschäftigt haben, wird keine Arbeitserlaubnis mehr erteilt.

Artikel 11

(1) Diese Vereinbarung tritt am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Vereinbarung vom 25. Mai 1990 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Entsendung tschechoslowakischer Arbeitnehmer aus in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ansässigen Unternehmen zur Beschäftigung auf der Grundlage von Werkverträgen außer Kraft. Die aufgrund der bisherigen Vereinbarung beschäftigten Arbeitnehmer werden auf die nach der vorliegenden Vereinbarung festgesetzten Zahlen angerechnet.

(2) Die Vereinbarung kann bis zum 30. Juni mit Wirkung zum 31. Dezember eines jeden Jahres schriftlich gekündigt werden. Die aufgrund der Vereinbarung erteilten Arbeitserlaubnisse bleiben von einer Kündigung unberührt.

Geschehen zu Prag am 23. April 1991 in zwei Urschriften, jede in tschechischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

HERMANN HUBER
NORBERT BLÜM

Für die Regierung
der Tschechischen und Slowakischen
Föderativen Republik:

JIRI BRABEC

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

**DOHODA MEZI VLÁDOU SPOLKOVÉ REPUBLIKY NĚMECKO A
VLÁDOU ČESKÉ A SLOVENSKÉ FEDERATIVNÍ REPUBLIKY
O VYSÍLÁNÍ ČESKOSLOVENSKÝCH PRACOVNÍKŮ Z POD-
NIKŮ SE SÍDLEM V ČESKÉ A SLOVENSKÉ FEDERATIVNÍ RE-
PUBLICE K ZAMĚSTNÁNÍ NA ZÁKLADĚ SMLUV O DÍLO**

Vláda Spolkové republiky Německo

a

vláda České a Slovenské Federativní Republiky -

v ocenění oboustranného užitku stávající hospodářské, průmyslové a technické spolupráce,

s vúli postavit se zřetelem k potřebám trhu pracovních sil na dlouhodobý základ vysílání a zaměstnávání pracovníků z československých podniků k zajištění hospodářské spolupráce,

v úmyslu vytvořit jasné podmínky pro československé a německé podniky spolupracující na základě smluv o dílo a zlepšit možnosti vysílání a zaměstnávání československých pracovníků,

s přáním uzavřít novou dohodu o vysílání československých pracovníků z podniků se sídlem v České a Slovenské Federativní Republice k zaměstnání na základě smluv o dílo -

se dohodly takto:

Clánek 1

- (1) Československým pracovníkům, kteří jsou vysílání pro přechodnou činnost na základě smlouvy o dílo mezi československým zaměstnavatelem a podnikem sídlícím ve Spolkové republice Německo (pracovníci činní na základě smlouvy o dílo), bude uděleno pracovní povolení nezávisle na situaci a vývoji trhu pracovních sil s přihlédnutím k článku 4 odst. 1 této dohody.
- (2) Tato dohoda se netýká pracovníků, kteří jsou vysílání do oblasti platnosti dohody na základě smlouvy o dílo, aby připravili československo-německé podnikové kooperace ve třetích zemích.

Clánek 2

- (1) Počet pracovníků činných na základě smluv o dílo se stanovuje na 4000, z čehož ve stavebnictví může být zaměstnáno až do 1500 pracovníků. Bez újmy znění věty 1 může být zaměstnáno dodatečně:
- a) 1000 pracovníků v rámci smluv o dílo mezi československými zaměstnavateli a německými menšimi a středními feneslnickými podniky a průmyslem s ročním obratem až do 10 mil. DM nebo do 65 zaměstnanců;
 - b) 250 pracovníků - restaurátorů;
 - c) 3000 pracovníků ve stavebnictví omezeno do 31. prosince 1993. Uvedené počty se rozumí jako roční průměrné počty.
- (2) Pracovní povolení bude pracovníkům uděleno jen pro zajištění smluv o dílo, jejichž splnění vyžaduje převážné pracovníky s odbornou kvalifikací. Pracovníkům bez odborné kvalifikace bude pracovní povolení uděleno, pokud je nezbytné k provedení práce.

Clánek 3

- (1) Stanovený počet pracovníků činných na základě smluv o dílo bude rozdělován československým podnikům federálním ministerstvem zahraničního obchodu České a Slovenské Federativní Republiky.
- (2) Spolkový úřad práce Spolkové republiky Německo při realizaci dohody ve spolupráci s federálním ministerstvem zahraničního obchodu České a Slovenské Federativní Republiky dbá na to, aby nedošlo k regionální nebo sektorové koncentraci pracovníků činných na základě smluv o dílo v některém hospodářském odvětví nebo v určité jebo oblasti.

Clánek 4

- (1) Počet stanovený v článku 2 odst. 1 věta 1 a věta 2 písmeno a bude přizpůsoben vývoji na trhu pracovních sil následovně:

Při zlepšení situace na trhu pracovních sil se zvýší počty stanovené při nabytí platnosti dohody vždy o pět ze sta z každého celého procenta, o které se zmenšíl počet nezaměstnaných v posledních dvanácti měsících. Při zhoršení situace na trhu pracovních sil se počet sníží odpovidajícím způsobem. Pro úpravu stanoveného počtu je třeba porovnat vždy početní kvóty nezaměstnaných, oddělené podle celkové kvóty a podkvóty, k 30. červnu probíhajícího a předchozího roku. Ke změnám je třeba přihlédnout od 1. října probíhajícího roku. Nové počty musí být zaokrouhleny tak, aby mohly být beze zbytku délitelné deseti.

- (2) Spolkový ministr práce a sociálního pořádku Spolkové republiky Německo sdělí počet stanovený podle odst. 1

federálnímu ministerstvu zahraničního obchodu České a Slovenské Federativní Republiky vždy do 31. srpna.

Článek 5

- (1) Pracovní povolení bude uděleno pouze v případě, když mzda pracovníka činného na základě smlouvy o dílo včetně částky, která je vyplácena v důsledku zahraničního zaměstnání, odpovídá mzdě, kterou předvídají příslušné německé tarifní smlouvy pro srovnatelné činnosti.
- (2) V ostatních případech se uplatňují příslušné právní předpisy o udělování a zámětnutí, jakož i o ukončení platnosti pracovního povolení. Výtisk smlouvy o dílo je nutno včas předložit příslušnému zemskému pracovnímu úřadu.

Článek 6

- (1) Pracovní povolení bude uděleno na předpokládanou dobu prací ke splnění smlouvy o dílo. Nejdéleši doba trvání pracovního povolení činí zpravidla dva roky. Pokud v důsledku nepředvídané události trvá zajištění smlouvy o dílo déle než dva roky, bude pracovní povolení prodlouženo až o 6 měsíců. Jestliže je již od samého začátku známo, že zajištění smlouvy o dílo bude trvat déle než dva roky, bude pracovní povolení uděleno nejvýše na 3 roky.
- (2) Po dohotovení díla může být na základě žádosti uděleno nové pracovní povolení v rámci povolené nejdéleší doby dvou let k zajištění provedení jiné smlouvy o dílo.
- (3) Pracovní povolení je uděleno pro určitou odbornou činnost k provedení určité smlouvy o dílo. V odůvodněných výjimečných případech je pracovní povolení uděleno pro více smluv o dílo. Československý podnik může svého pracovníka v průběhu předpokládané doby platnosti pracovního povolení přechodně přeřadit na zajištění jiné smlouvy o dílo. Změnu je nutno neprodleně sdělit příslušnému zemskému pracovnímu úřadu. Zemský pracovní úřad zajistí udělení odpovidajícího pracovního povolení.
- (4) Jednotlivým pracovníkům, kteří provádějí vedoucí nebo správní činnost, bude pracovní povolení uděleno nanejvýš na dobu čtyř let. Tato pracovní povolení budou udělena podle velikosti projektu maximálně čtyřem zaměstnancům.

Článek 7

Ceskoslovenský pracovník, který má být znova zaměstnán na základě smlouvy o dílo, může obdržet pracovní povolení jen v tom případě, jestliže časové období mezi výjezdem a opětovným příjezdem v rámci smlouvy o dílo není kratší než

celková doba platnosti předchozího pobytového povolení. Ve větě 1 uvedené časové rozmezí se rozumí maximálně 2 roky, v případě, že pracovník nebyl zaměstnán na základě předešlé smlouvy déle než devět měsíců, činí časové rozmezí před výjezdem tři měsíce.

Clánek 8

- (1) Příslušné zahraniční zastoupení Spolkové republiky Německo udělí na základě žádosti československého zaměstnavatele pracovníkovi vízum na dobu tří měsíců. Jakmile je vízum uděleno, může pracovník přecestovat do Spolkové republiky Německo. Musí se bez prodlení hlásit u cizineckého úřadu příslušného pro místo svého pobytu.
- (2) Po příjezdu musí být o pracovní povolení zažádáno bez prodlení u pracovního úřadu, v jehož okrese se realizuje smlouva o dílo, nebo v němž má československý podnik sídlo nebo pobočku, nebo u přidězeného pracovního úřadu.

Clánek 9

Spolkový ministr práce a sociálního pořádku Spolkové republiky Německo a Federální ministerstvo zahraničního obchodu a Federální ministerstvo práce a sociálních věcí České a Slovenské Federativní Republiky v rámci této dohody úzce spolupracují. V případě potřeby bude na žádost některého smluvního partnera vytvořena Smíšená československo-německá pracovní skupina k projednání otázek souvisejících s prováděním této dohody.

Clánek 10

Jestliže pracovníci, kterým bylo povoleno pracovat na základě smlouvy o dílo, byli přenecháni k provádění výdělečné činnosti třetímu bez povolení Spolkového úřadu práce Spolkové republiky Německo, krátí se od příštího časového úseku počet pracovníků činných na základě smlouvy o dílo o průměrný roční počet pracovníků přenechaných výdělečné činnosti. Stejně se postupuje v případě československých zaměstnavatelů, kteří zaměstnávají více pracovníků činných na základě smlouvy o dílo, než je jim podle článku 3 odst. 1 přiděleno, nebo zaměstnávají pracovníky, kteří nemají povolení k práci nebo pobytu. Pracovníkům československých zaměstnavatelů, kteří opakovaně nepovolené přenechali pracovníky nebo je zaměstnali, již nebude vydáno pracovní povolení.

Článek 11

- (1) Tato dohoda nabude platnost dnem podpisu. Současně pozbývá platnosti Dohoda ze dne 25. května 1990 mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České a Slovenské Federativní Republiky o vysílání československých pracovníků z podniků se sídlem v České a Slovenské Federativní Republice k zaměstnání na základě smluv o dílo. Pracovníci, kteří jsou v současné době zaměstnáni ve Spolkové republice Německo na základě dosavadní dohody, budou započteni do dohodnutých kvót této dohody.
- (2) Dohoda může být písemně vypovězena do 30. června s platností k 31. prosinci každého roku. Pracovní povolení udělená na základě dohody zůstávají touto výpovědí nedotčena.

Dáno v Praze, dne 23 dubna 1991
 ve dvou vyhotoveních, každé v českém a německém jazyce,
 přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za vládu
 Spolkové republiky Německo:

[Signed — Signé]¹
 [Signed — Signé]²

Za vládu
 České a Slovenské
 Federativní Republiky:

[Signed — Signé]³

¹ Signed by Hermann Huber — Signé par Hermann Huber.
² Signed by Norbert Blüm — Signé par Norbert Blüm.

³ Signed by Jiri Brabec — Signé par Jiri Brabec.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC CONCERNING THE DETACHMENT OF CZECHOSLOVAK EMPLOYEES FROM ENTERPRISES DOMICILED IN THE CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC FOR EMPLOYMENT UNDER CONTRACTS FOR WORK AND SERVICES

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech and Slovak Federal Republic,

Recognizing the mutual advantages of their current economic, industrial and technical cooperation,

Desiring to place on a lasting basis the detachment and employment of employees from Czechoslovak enterprises in order to sustain economic cooperation, while at the same time taking account of the requirements of the labour market,

Intending to create clear conditions for the Czechoslovak and German enterprises cooperating on the basis of contracts for work and services so as to improve the possibilities for the detachment and employment of Czechoslovak employees,

Guided by the wish to conclude a new Agreement on the dispatch of Czechoslovak employees from enterprises domiciled in the Czech and Slovak Federal Republic for employment under contracts for work and services,

Have agreed as follows:

Article 1

1. Regardless of the situation on the labour market and the direction of that market, and in accordance with article 4, paragraph 1, of this Agreement, work permits shall be issued to Czechoslovak employees who are detached to perform a temporary activity on the basis of a contract for work and services between a Czechoslovak employer and an enterprise with a seat in the Federal Republic of Germany (contract employees).

2. This Agreement shall not apply to employees who are detached to the area of application of the Agreement on the basis of a contract for work and services in order to carry out preparatory work for German-Czechoslovak enterprise cooperation projects in third States.

Article 2

1. The number of contract employees is set at 4,000, of whom up to 1,500 employees may be employed in the building trade. The first sentence of this paragraph notwithstanding, the following may in addition be employed:

(a) One thousand (1,000) employees under contracts for work and services between Czechoslovak employers and small- and medium-scale German craft and

¹ Came into force on 23 April 1991 by signature, in accordance with article 11 (1).

industrial enterprises with a yearly turnover of up to ten million deutsche mark (DM) or with up to 65 employees;

- (b) Two hundred and fifty (250) employees as restorers;
- (c) Three thousand (3,000) employees in the building trade, limited in time to 31 December 1993.

The numbers indicated are to be understood as yearly averages.

2. Work permits shall be issued to employees solely for carrying out contracts for work and services whose performance predominantly requires employees with occupational qualifications. Work permits shall be issued to employees without occupational qualifications only in so far as this is essential for the performance of the work.

Article 3

1. The stipulation numbers of contract employees shall be distributed among the Czechoslovak enterprises by the Federal Foreign Trade Ministry of the Czech and Slovak Federal Republic.

2. The Federal Labour Office of the Federal Republic of Germany, working in cooperation with the Federal Foreign Trade Ministry of the Czech and Slovak Federal Republic, shall ensure that implementation of this Agreement does not lead to a regional or sectoral concentration of contract employees in one branch of industry or in one particular sector of a branch of industry.

Article 4

1. The numbers stipulated in article 2, paragraph 1, sentence 1 and sentence 2 (a), of this Agreement shall be adjusted as follows to further developments in the labour market:

In the event of an improvement in the labour market situation, the numbers set at the time the Agreement comes into force shall be increased by five per cent for each full percentage point by which the unemployment rate has decreased over the preceding 12 months; in the event of a deterioration in the labour market situation, the numbers shall be reduced according to the same formula. The calculation for the adjustment shall be based on a comparison of the unemployment rates as at 30 June of the current year and the preceding year, separately according to the overall rate and the substrate; the changes shall be taken into account as of 1 October of the current year. The new numbers shall be rounded upwards so that they are wholly divisible by ten.

2. The Federal Minister for Labour and Social Order of the Federal Republic of Germany shall communicate the numbers calculated according to paragraph 1 of this article to the Federal Foreign Trade Ministry of the Czech and Slovak Federal Republic by 31 August of each year.

Article 5

1. A work permit shall be issued only if the contract employee's remuneration, including the portion paid for employment abroad, corresponds to the amount provided for in the relevant German collective wage contracts for comparable activities.

2. In all other respects the relevant legal provisions regarding the granting, refusal and expiry of work permits shall apply. A copy of the contract for work and services shall be filed in good time with the competent Regional Labour Office.

Article 6

1. Work permits shall be issued for the probable duration of the work needed to complete the contract. As a rule, the maximum period of validity of the work permit shall be two years. Where because of an unforeseeable occurrence the completion of a contract for work and services requires more than two years, the work permit shall be extended by up to six months. Where it is clear from the outset that the performance of the contract will require more than two years, the work permit shall be issued for a maximum period of up to three years.

2. Following the completion of a job, a new work permit, subject to the maximum permissible period of two years, may be issued, on request, for the performance of another contract for work and services.

3. Work permits shall be issued for a particular occupational activity in connection with the performance of a particular contract for work and services. In justified exceptional cases a work permit may be issued for more than one contract. The Czechoslovak enterprise may temporarily reassign an employee to work on another contract within the prescribed period of validity of the work permit, provided that work on that contract has already commenced. The enterprise in question shall immediately notify the competent Regional Labour Office of such reassignment. The Regional Labour Office shall arrange for the issue of an appropriate work permit.

4. Individual employees in supervisory or administrative positions shall be issued with work permits for a maximum period of validity of up to four years. Depending on the size of the project, such work permits shall be issued for up to four employees.

Article 7

A work permit may be issued to a Czechoslovak employee who is to be re-employed as a contract employee, provided that the period between his departure from the country and his re-entry is not shorter than the total period of validity of his earlier residence permit. The period referred to in the first sentence of this article shall be not more than two years; it shall be three months if the contract employee had not been employed for longer than nine months before he left the country.

Article 8

1. Upon receiving an application from the Czechoslovak employer, the competent diplomatic mission of the Federal Republic of Germany abroad shall issue the employee with a visa to be valid for a period of three months. The employee may enter the country as soon as the visa has been issued. He must without delay report to the alien affairs authorities at the office competent for his place of residence.

2. Following the employee's entry into the country, application for a work permit shall be made without delay at the labour office in whose district the contract for work and services is being carried out or the Czechoslovak enterprise has a company headquarters or place of business, or at the labour office that has been declared competent.

Article 9

The Federal Minister for Labour and Social Order of the Federal Republic of Germany and the Federal Foreign Trade Ministry and Federal Ministry for Labour and Social Affairs of the Czech and Slovak Federal Republic shall work together closely within the terms of this Agreement. Where necessary, a mixed German-Czechoslovak working group shall be formed at the request of either one of the Contracting Parties to discuss issues relating to the implementation of this Agreement.

Article 10

In the event that employees who were admitted to employment on the basis of a contract for work and services have, on a commercial basis, been relinquished to perform work for a third party without the permission of the Federal Labour Office of the Federal Republic of Germany, the number of contract employees shall be reduced, as from the following period of calculation, by the number of employees relinquished on a commercial basis as a yearly average. The same procedure shall be followed in the case of Czechoslovak employers who recruit more contract employees than are allotted to them under article 3, paragraph 1, of this Agreement, or who recruit employees who do not possess a work permit or a residence permit. No further work permits shall be issued to employers of Czechoslovak employees who have repeatedly relinquished or employed employees without permission.

Article 11

1. This Agreement shall come into force on the day on which it is signed. Simultaneously, the Agreement of 25 May 1990 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech and Slovak Federal Republic concerning the detachment of Czechoslovak employees from enterprises domiciled in the Czech and Slovak Federal Republic for employment under contracts for work and services¹ shall be abrogated. Employees employed on the basis of the previous Agreement shall be counted against the numbers set according to this Agreement.

2. This Agreement may be terminated in writing at any time up to 30 June of a given year with effect from 31 December of that year. Work permits issued on the basis of this Agreement shall remain unaffected by its termination.

DONE at Prague on 23 April 1991 in two originals, in the Czech and German languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

HERMAN HUBER
NORBERT BLÜM

For the Government
of the Czech and Slovak Federal Republic:

JIRI BRABEC

¹ See p. 3 of this volume.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE ET SLOVAQUE RELATIVE AU DÉTACHEMENT DE TRAVAILLEURS TCHÉCOSLOVAQUES D'ENTREPRISES ÉTABLIES EN RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE ET SLOVAQUE POUR ÊTRE EMPLOYÉS EN VERTU DE CONTRATS D'ENTREPRISES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République fédérale tchèque et slovaque,

Reconnaissant les avantages mutuels de la collaboration existante dans le domaine de l'économie, de l'industrie et de la technique,

Désireux, compte tenu des besoins du marché du travail, d'asseoir sur une base durable le détachement et l'emploi de travailleurs d'entreprises tchécoslovaques afin d'assurer la coopération économique,

Se proposant d'instaurer des conditions claires pour les entreprises allemandes et tchécoslovaques qui collaborent dans le cadre de contrats de travail, en vue d'améliorer les possibilités de détachement et d'emploi de travailleurs tchécoslovaques,

Animés du désir de conclure une nouvelle Convention relative au détachement de travailleurs tchécoslovaques d'entreprises établies en République fédérale tchèque et slovaque pour être employés en vertu de contrats d'entreprises.

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1. Les travailleurs tchécoslovaques qui sont détachés pour une activité temporaire, sur la base d'un contrat de travail entre un entrepreneur tchécoslovaque et une entreprise établie dans la zone d'application de la présente Convention (travailleurs contractuels) reçoivent le permis de travail, quelles que soient la situation et l'évolution du marché du travail, compte tenu des obligations du paragraphe 1 de l'article 4 de la présente Convention.

2. La présente Convention ne s'applique pas aux travailleurs qui sont détachés sur la base d'un contrat de travail dans la zone d'application de la présente Convention en vue de l'exécution de travaux préparatoires pour la coopération germano-tchécoslovaque dans des pays tiers, au niveau des entreprises.

Article 2

1. Le nombre des travailleurs contractuels est plafonné à 4 000, dont un maximum de 1 500 peuvent être employés dans le secteur de la construction. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1, pourront être employés à titre supplémentaire :

¹ Entrée en vigueur le 23 avril 1991 par la signature, conformément au paragraphe 1 de l'article 11.

- a) 1 000 travailleurs dans le cadre de contrats passés entre des employeurs tchécoslovaques et des petites et moyennes entreprises allemandes de l'artisanat et de l'industrie ayant un chiffre d'affaires annuel maximum de 10 millions de deutsche marks ou employant au maximum 65 personnes;
- b) 250 travailleurs en qualité de restaurateurs;
- c) 3 000 travailleurs dans le secteur du bâtiment engagés jusqu'au 31 décembre 1993.

Les chiffres indiqués s'entendent comme chiffres moyens annuels.

2. Le permis de travail n'est délivré aux travailleurs que pour l'exécution de contrats de travail dont l'application nécessite essentiellement des travailleurs ayant une qualification professionnelle. Les travailleurs sans qualification professionnelle reçoivent le permis de travail dans la mesure où cela est indispensable pour l'exécution des travaux.

Article 3

1. Les contingents fixés pour les travailleurs contractuels seront répartis par le Ministère fédéral du commerce extérieur de la République fédérale tchèque et slovaque entre les entreprises tchécoslovaques.

2. L'Office fédéral du travail de la République fédérale d'Allemagne veille à l'application de la Convention, en collaboration avec le Ministère fédéral du commerce extérieur de la République fédérale tchèque et slovaque, afin qu'il ne se produise pas de concentration régionale ou sectorielle de travailleurs contractuels dans un secteur de l'économie ou dans un domaine déterminé d'un secteur de l'économie.

Article 4

1. Les plafonds fixés à la première phase du paragraphe 1 de l'article 2 et à l'alinéa *a* de l'article 2 seront adaptés de la manière suivante à l'évolution ultérieure du marché du travail :

En cas d'amélioration de la situation du marché du travail, les plafonds fixés lors de l'entrée en vigueur de la Convention seront augmentés de 5% pour chaque point entier de diminution du niveau de chômage enregistré au cours des 12 mois précédents. En cas de détérioration de la situation du marché du travail, les plafonds seront réduits dans une proportion correspondante. Aux fins d'adaptation, on procédera à une comparaison entre les taux de chômage, ventilés en taux globaux et taux sectoriels, au 30 juin de l'année en cours et au 30 juin de l'année précédente. Les modifications seront prises en compte à compter du 1^{er} octobre de l'année en cours. Les nouveaux plafonds seront arrondis de telle manière que leur division par dix donne un chiffre entier.

2. Le Ministre fédéral du travail et des affaires sociales de la République fédérale d'Allemagne communiquera chaque année au Ministère fédéral du commerce extérieur de la République fédérale tchèque et slovaque, jusqu'au 31 août, les plafonds calculés conformément aux dispositions du paragraphe 1.

Article 5

1. Le permis de travail ne sera délivré que si la rémunération du travailleur contractuel, y compris la partie payée pour l'emploi à l'étranger, correspond au

salaire prévu par les conventions salariales allemandes applicables à des activités comparables.

2. Pour le reste, la législation intérieure relative à l'octroi, au refus et à l'expiratation du permis de travail est d'application. Une copie du contrat de travail sera adressée en temps voulu à l'Office du travail compétent du Land.

Article 6

1. Le permis de travail est délivré pour la durée prévue des travaux nécessaires à l'exécution du contrat. Sa durée maximale est en principe limitée à deux ans. Si, par suite d'un événement imprévisible, l'exécution du contrat se prolonge au-delà de deux ans, le permis de travail est prolongé d'une durée maximale de six mois. S'il est établi à l'avance que l'exécution du contrat durera plus de deux ans, le permis de travail peut être délivré pour une durée maximale de trois ans.

2. Après l'achèvement d'un travail, un nouveau permis de travail d'une durée de validité maximale de deux ans peut être délivré sur demande pour l'exécution d'un autre contrat.

3. Le permis de travail est délivré pour une activité professionnelle déterminée et pour l'exécution d'un contrat de travail déterminé. Dans certains cas exceptionnels justifiés, le permis de travail peut être délivré pour plusieurs contrats. L'entreprise tchécoslovaque peut détacher temporairement le travailleur contractuel pendant la période de validité du permis de travail pour exécuter un autre contrat. Le détachement doit être communiqué sans retard à l'Office du travail compétent du Land, lequel fera délivrer un permis de travail correspondant.

4. Un permis de travail d'une durée maximale de quatre ans sera délivré aux travailleurs qui ont des fonctions de direction ou d'administration. Le nombre de travailleurs titulaires d'un tel permis peut être au maximum de quatre personnes en fonction de l'importance du projet.

Article 7

Il peut être délivré un permis de travail à un travailleur tchécoslovaque qui doit être de nouveau employé comme travailleur contractuel, si la période comprise entre son départ et son retour en qualité de travailleur contractuel n'est pas plus courte que la durée totale de validité du permis de séjour antérieur. La période mentionnée à la première phrase du présent article a une durée maximum de deux ans; elle est de trois mois si le travailleur n'a pas été employé plus de neuf mois avant son départ.

Article 8

1. La représentation compétente de la République fédérale d'Allemagne à l'étranger délivre au travailleur, sur demande de l'employeur tchécoslovaque, le visa pour trois mois. Dès que le visa est délivré, le travailleur peut entrer. Il doit se présenter sans délai à l'Office des étrangers compétents pour son lieu de séjour.

2. Le permis de travail doit être demandé immédiatement après l'entrée dans le pays, auprès de l'Office du travail dans la circonscription duquel le contrat de travail est exécuté, ou de l'entreprise tchécoslovaque qui y a un établissement ou une filiale ou auprès de l'Office du travail qui est déclaré compétent.

Article 9

Le Ministre fédéral du travail et des affaires sociales de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère fédéral du commerce extérieur ainsi que le Ministère fédéral du travail et des affaires sociales de la République fédérale tchèque et slovaque, coopéreront étroitement dans le cadre de la présente Convention. S'il y a lieu, un groupe de travail mixte germano-tchécoslovaque sera constitué, à la demande d'une Partie contractante, pour examiner les questions liées à l'application de la présente Convention.

Article 10

Si des travailleurs dont l'emploi a été autorisé sur la base d'un contrat de travail ont été mis à la disposition de tiers à titre professionnel, sans l'autorisation de l'Office fédéral du travail de la République fédérale d'Allemagne, on déduit alors de la suivante période calculée du nombre de travailleurs contractuels de l'entreprise, le nombre des travailleurs ainsi mis à disposition en moyenne annuelle. Il est procédé de manière correspondante dans le cas où des employeurs tchécoslovaques emploient plus de travailleurs contractuels que le nombre alloué conformément au paragraphe 1 de l'article 3 ou emploient des travailleurs non titulaires de permis de travail ou de permis de séjour. Dans le cas des travailleurs d'employeurs tchécoslovaques qui ont à plusieurs reprises mis des travailleurs à disposition ou employé des travailleurs sans autorisation, aucun permis de travail se sera plus délivré.

Article 11

1. La présente Convention entrera en vigueur le jour de sa signature. Dans le même temps, la Convention du 25 mai 1990 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République fédérale tchèque et slovaque relative au détachement de travailleurs tchécoslovaques d'entreprises établies en République fédérale tchèque et slovaque pour être employés en vertu de contrats d'entreprises¹, cesse d'avoir effet. Les travailleurs employés au titre de la Convention en vigueur jusqu'à présent, seront pris en compte en fonction des nombres fixés dans la présente Convention.

2. La Convention peut être dénoncée chaque année jusqu'au 30 juin, avec effet au 31 décembre. En cas de dénonciation, les permis de travail délivrés au titre de la Convention ne sont pas affectés.

FAIT à Prague, le 23 avril 1991, en deux exemplaires originaux, chacun en langues tchèque et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
d'Allemagne :

HERMANN HUBER
NORBERT BLÜM

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
tchèque et slovaque :

JIRI BRABEC

¹ Voir p. 3 du présent volume.